ANTHONY ANEX / KEYSTONE

Der Kampf gegen E-Voting geht weiter: Ex-Kampagnenleiter Nicolas Rimoldi (links), SVP-Nationalrat Franz Grüter und Prisca Koller, Zürcher Ex-FDP-Kantonsrätin. (Bern, 25. 1. 2019).

E-Voting: das ewige Experiment

Seit einem Vierteljahrhundert will die Schweiz digitales Abstimmen möglich machen. Nach über 300 Versuchen soll der Durchbruch endlich gelingen. Doch die Gegner lauern bereits. **Von Mirko Plüss**

Es ist ein nicht ganz neues Unterfangen. Vor einem Monat gab der Bundesrat bekannt, dass die elektronische Stimmabgabe in der Schweiz probehalber wieder möglich ist. Der E-Voting-Pilotversuch, der von den drei Kantonen Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau beantragt wurde, beginnt mit dem Termin vom 18. Juni 2023 und dauert bis 2025.

In den Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) des Parlaments löste der Beschluss einige Unruhe aus. Erst 2019 musste der Bund beim E-Voting die Notbremse ziehen, nachdem erhebliche Software-Mängel entdeckt worden waren. Die zuständige Subkommission der GPK des Nationalrats hat kürzlich Vertreter der Bundeskanzlei vorgeladen, wie Subkommissionspräsident Alfred Heer (SVP) bestätigt. «Es ging darum, uns vertieft über die Versuche informieren zu lassen, da uns natürlich die ganze Vorgeschichte ebenfalls bekannt ist», sagt Heer. Die Subkommission wolle die Versuche nun «kritisch begleiten».

Heer spielt auf die lange und bemerkenswerte Geschichte des E-Votings an, welches als Generationenprojekt bezeichnet werden darf. Erstmals prüfte die Bundeskanzlei die elektronische Stimmabgabe im Jahr 2000. Manches war damals gleich: Wie heute arbeitete die Bundeskanzlei auch beim ersten Pilotversuch mit drei Kantonen zusammen. Manches war anders: Statt von E-Voting sprach man noch von Televoting oder Vote électronique.

Seither reihte sich Versuch an Versuch: Über 300-mal wurde laut der Bundeskanzlei auf Bundesebene bereits mit der elektronischen Stimmabgabe experimentiert. Hinzu kommen zahlreiche Anläufe auf kantonaler und kommunaler Ebene. Wird der jetzige Versuch zum grossen Durchbruch für das digitale Abstimmen? Oder bleibt E-Voting der ewig schwebende Versuchsballon der digitalen Demokratie? Wie diese Recherche zeigt, gibt es nach wie vor grosse Fragezeichen zu Sicherheit, Kosten und politischem Rückhalt.

Wird der Versuch zum grossen Durchbruch? Oder bleibt E-Voting der ewig schwebende Versuchsballon der digitalen Demokratie?

Fragezeichen 1: Sicherheit

Am 28. April 2018 äussert sich der Schweizer Bundeskanzler Walter Thurnherr in einem Interview mit der NZZ zur elektronischen Stimmabgabe und sagt: «Ich persönlich meine, das Risiko sei vertretbar.» Es hätte eine Art Fazit der Pilotversuche sein können. Doch es kam anders. Und dafür brauchte es nur eine Person: Sarah Jamie Lewis. Die britische Hackerin fand Anfang 2019 im Quellcode des E-Voting-Systems der Post, das damals für Test-Attacken offenstand, gravierende Schwachstellen. Plötzlich wurde aus einem Ja ein Nein. Stimmen konnten unerkannt für ungültig erklärt werden. Nach der Publikation von Lewis' Erkenntnissen wurde das System abgeschaltet.

Sind solche Lücken im System auch beim aktuellen Versuch möglich? Ja, sagen die Gegner. Und die Gefahr sei riesig. «Nur schon einige wenige digital gefälschte oder gekaufte Stimmen hätten die knappe Kampfjet-Volksabstimmung problemlos gekippt», sagt Jorgo Ananiadis, Präsident der Piratenpartei Schweiz. Bei der Digitalen Gesellschaft heisst es, Manipulationen seien im Vergleich zum konventionellen Verfahren viel einfacher auf den gesamten Wahlkörper skalierbar. Der Sprecher Martin Steiger sagt zudem: «E-Voting kann, anders als das herkömmliche Abstimmen und Wählen, nicht demokratisch kontrolliert werden.» Die Menschen müssten einigen wenigen Fachpersonen vertrauen.

Das Risiko für die Demokratie wirkt beim gegenwärtigen Versuch zunächst einmal überschaubar: E-Voting steht in den drei Kantonen allen Auslandschweizern und einer begrenzten Zahl Inlandschweizern offen. Insgesamt können 65 000 Stimmberechtigte elektronisch abstimmen. Dies entspricht 1,2 Prozent des Schweizer Elektorats.

Zudem hat die Post ihr System stetig weiterentwickelt. Letzten Herbst gab es einen öffentlichen Intrusionstest, bei dem rund 3400 ethische Hackerinnen und Hacker aus der ganzen Welt während vier Wochen versucht haben, das System zu knacken. Die Post zählte 60 000 Attacken und teilte danach mit, es sei «niemand in das E-Voting-System oder gar in die elektronische Urne eingedrungen».

Versucht hat es unter anderem Rolf Haenni. Der Professor für Informatik leitet die E-Voting-Gruppe des Instituts für Cybersecurity und Engineering der Berner Fachhochschule und testete das aktuelle E-Voting-System der Post. Er suchte nach Sicherheitslücken, begutachtete aber auch, ob der Quellcode nachvollziehbar und sinnvoll aufgebaut ist. «Das jetzige System hat nach wie vor einige kleinere Mängel», sagt Haenni. «Im Vergleich zu vor ein paar Jahren ist man aber deutlich weiter.» Ein finales Urteil, ob E-Voting schon reif ist für die Praxis, will Haenni indes nicht abgeben.

Fragezeichen 2: Kosten

Sicherheit steht an erster Stelle, über die Kosten wird wenig gesprochen. Eine Übersicht hat niemand. Der Bund dürfte für alle bisher begleiteten Versuche, für die Erarbeitung rechtlicher Grundlagen, Berichte und Studien einen zweistelligen Millionenbetrag ausgegeben haben. Für den neusten Versuch rechnet die Bundeskanzlei mit jährlichen Kosten von einer halben Million Franken. Auf die Kantone entfallen sechs Millionen Franken zur Umsetzung eines Massnahmenkatalogs.

Die drei Pilot-Kantone Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau kostet der Versuchsbetrieb jeweils mehrere hunderttausend Franken pro Jahr. Weitere Ausgaben kommen hinzu. Mancherorts müssen die Gemeinden ebenfalls zahlen. Die Faustregel lautet: ein Franken pro Stimmberechtigter pro Abstimmungssonntag.

Auch wenn wenig darüber gesprochen wird, sind die Kosten für die Kantone ein grosses Thema, wie eine Vernehmlassungsantwort aus dem Kanton Thurgau zeigt. Darin schrieb der Regierungsrat: «Die Kosten für E-Voting sind hoch. Die im Rahmen der Neuausrichtung definierten Massnahmen erhöhen die Kosten weiter; insbesondere die längerfristigen Massnahmen sind mit sehr hohen Kosten verbunden.»

Gegner monieren, dass die Summen ohnehin keine Kostenwahrheit darstellten. Das nötige Personal sei nicht mit eingerechnet, nur die Abgaben an die Post. Bei der Post selber, die für ihr E-Voting-System eine ganze IT-Abteilung unterhalten soll, bleibt die Kostenfrage komplett im Dunkeln. Man kommuniziere keine Geschäftszahlen zu Entwicklungsprojekten, heisst es auf mehrere Anfragen.

Diese «komplette Intransparenz» stösst SVP-Nationalrat Franz Grüter sauer auf. Der IT-Unternehmer hat schon 2017 ein E-Voting-Moratorium gefordert. Er bestätigt, dass in der Finanzkommission die bisherigen E-Voting-Ausgaben der Post, die sich zu 100 Prozent im Besitz des Bundes befindet, schon mehrfach Thema waren. «2020 wurden die gesamten Ausgaben auf rund 30 Millionen Franken beziffert», sagt Grüter. «Mittlerweile wird geschätzt, dass die Post total bereits bis zu 50 Millionen dafür in den Sand gesetzt hat.» Die Post kommentiert diese Zahl nicht und schreibt: E-Voting sei eine «entscheidende Investition für die Post von morgen».

Fragezeichen 3: Politik

Auslandschweizer und blinde oder stark sehbehinderte Menschen fordern E-Voting schon seit Jahren. Doch selbst wenn die neuen Pilotversuche einwandfrei funktionieren und es zu keinen Negativschlagzeilen mehr kommt, ist politischer Widerstand vorprogrammiert. Nur schon die geringe Zahl an Kantonen, die es nun nochmals versuchen, deutet auf eine verbreitet kritische Haltung hin. Und dann gibt es auch noch die Volksinitiative «Ja zum E-Voting-Moratorium», deren Komitee mit Vertretern aus fast allen Parteien gut abgestützt ist. Die Unterschriftensammlung für die Initiative wurde 2019 nur abgebrochen, weil die E-Voting-Versuche ohnehin gestoppt wurden. Franz Grüter kämpfte stets an vorderster Front für die Initiative. «Wenn E-Voting definitiv eingeführt werden soll, dann sammeln wir schon am nächsten Tag wieder Unterschriften», sagt Grüter jetzt. «Wir haben genügend finanzielle Mittel, um sofort wieder loszulegen. Und werden das falls nötig auch tun.»

Die Piratenpartei will in den kommenden Monaten «national und insbesondere kantonal die politische Sensibilität gegen E-Voting stärken» und kündigt auch «weitergehende Aktionen» an, ohne ins Detail zu gehen. Der Initiativverein werde bei Bedarf sofort reaktiviert, heisst es auch bei den Piraten.

Die Zukunft des E-Votings – sie bleibt so ungewiss wie schon immer.